

Bildungsministerin outet sich als Ganztagsfan

Der Bund will weiterhin Geld in Ganztagsschulen stecken, kündigt Bildungsministerin Annette Schavan an. Schulen sollen sich pädagogisch weiterentwickeln und Vorbild werden. Doch einen neuen Bauboom will der Bund nicht

BERLIN taz Man reibt sich die Augen: Sie will die Ganztagsschule bundesweit und als Vorbild für alle Schulen. Und es ist nicht die Chefin der Lehrergewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, sondern Annette Schavan (CDU), die sich da zum ganztägigen Lernen bekennt.

Die Bildungsministerin hat sich am Freitag dafür ausgesprochen, die Ganztagsschulen weiterhin finanziell und konzeptionell zu begleiten. Zur Eröffnung des 5. Ganztagsschulkongresses in Berlin sagte Schavan: "Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Ganztagsschulen, die sich auf den Weg gemacht haben und noch machen werden, pädagogische Begleitung über 2009 hinaus erhalten."

Im nächsten Jahr läuft nämlich das Ganztagsschulprogramm aus, das die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2004 aufgelegt hatte. Der Bund stellte vier Milliarden Euro zum Auf- und Ausbau von Ganztagsschulen bereit. Jede fünfte allgemeinbildende Schule hat mittlerweile ein solches Konzept. An den meisten Schulen ist der Ganztagsbetrieb offen, das heißt die Schüler können nachmittags freiwillig an Arbeitsgemeinschaften teilnehmen. Ein Teil der Ganztagsschulen sind gebundene Schulen, in denen die Anwesenheit bis nachmittags Pflicht ist. Unterricht und Entspannung wechseln sich für die Kinder ab.

Schavan sprach sich dafür aus, letztere zu stärken: "Die nächste Phase muss sein, Akzeptanz zu schaffen für Verbindlichkeit." Diese Ankündigung klingt revolutionär, als baden-württembergische Kultusministerin hatte Schavan das Ganztagsschulprogramm noch als Zentralismus gegeißelt. Als Bundesbildungsministerin redet sie nun von Rhythmisierung und individualisiertem Unterricht.

Doch bei genauem Hinhören ist das nur Gerede. Denn ein neues Programm zum Bau weiterer Ganztagsschulen darf es nach der Föderalismusreform nicht mehr geben, bestätigt ihr Ministerium. Das Geld fließt in 14 Servicagenturen, welche die Schulen beraten, und in Begleitstudien. Das ist nicht unwichtig - aber ein Milliardenprogramm sei nicht notwendig, so ein Ministeriumssprecher. ANNA LEHMANN

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz Verlags